Newsletter Nr. 11 vom 2. August 2022

Inhalt

1 77. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima/Nagasaki und der Antikriegstag (Ekkehard Lentz)
2 Regelmäßige Demonstration für freie Impfentscheidung in der Innenstadt (Wolfgang Vormann)
3 Direkte Demokratie - Eine politische Alternative? (Erich Sturm)
4 Wie lange kann sich diese Ampelregierung noch halten, die ihren Amtseid, zum Wohle des deutschen Volkes zu handeln, bricht? (Rodolfo Bohnenberger)
5 "Man kann sich einerseits nicht um Mieter kümmern und andererseits Aktionäre zufriedenstellen" (Rodolfo Bohnenberger)
6 Über #aufstehen und #aufstehen-Bremen
7 Spendenaufruf

1. Mahnwache zum 77. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki am Samstag, den 6. August 2022 ab 12:00 h auf dem Marktplatz Bremen

Am 6. und 9. August jähren sich die Atombombenabwürfe der USA auf Hiroshima und Nagasaki zum 77. Mal. Mit der traditionellen Mahnwache erinnert das Bremer Friedensforum gemeinsam mit weiteren Organisationen (IPPNW, Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung, Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigung der Kriegsdienstgegner (DFG-VK), Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen, für gewaltfreie Friedensgestaltung (IALANA), Nordbremer Bürger gegen den Krieg, Aufstehen Bremen und VVN-Bund der Antifaschisten) an die Opfer der Atombombenabwürfe und fordert die weltweite Abschaffung aller Atomwaffen.

Die Mahnwache in Bremen findet am Samstag, 6. August, in der Zeit von 12 bis 13 Uhr auf dem Marktplatz statt. Es sprechen: Lars Pohlmeier, Vorsitzender der IPPNW, Hartmut Drewes vom Bremer Friedensforum und Regine Albrecht von der VVN-Bund der Antifaschist:innen. Eveline Giannone führt durch die Veranstaltung.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden gebeten, Blumen mitzubringen, um das Friedens- und Anti-Atom-Zeichen auf dem Marktplatz auszulegen. Ein gemeinsamer Friedenstanz ("Ulmentanz") beendet die Veranstaltung. Der Flyer für die Veranstaltung steht hier zum Download https://www.bremerfriedensforum.de/pdf/Hiroshima7-2022.pdf

Kundgebungen zum Antikriegstag in Bremen und Bremerhaven

Am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg mit dem deutschen Überfall auf Polen. Deutsche Waffen töteten danach in einem Vernichtungskrieg viele Millionen Menschen in Osteuropa. Nach 1945 kämpften viele Menschen gegen eine Remilitarisierung. Doch nur 11 Jahre nach dem Schwur: „Nie wieder Krieg“ wurden die Bundeswehr und die Wehrpflicht eingeführt. Wir gehen an diesem Antikriegstag auf die Straße, weil wir nicht länger zusehen wollen, dass damals wie heute deutsche Waffen weltweit töten! Deutschland ist viertgrößter Rüstungsexporteur der Welt. Deutschland muss sofort mit der Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine aufhören!

- Donnerstag, 1. September, 17 Uhr, Bremen, Kundgebung Marktplatz
- Donnerstag, 1. September, 18 Uhr, Bremerhaven, Haupteingang der Bundeswehrmarineschule, Demonstrationszug durch die Elbestraße, Ludwigstraße und Bgm.-Smidt-Straße zur Großen Kirche. Abschlussveranstaltung mit Musik

Ekkehard Lentz

2. Regelmäßige Demonstration für freie Impfentscheidung in der Innenstadt

Hartnäckigkeit führt zu vermehrter Wahrnehmung! – Diese Erfahrung macht eine Gruppe von Menschen, die sich seit Anfang Februar jeden Samstag um 12:00 Uhr in der Bremer Innenstadt trifft. Es geht um eine Demonstration für freie Impfentscheidung.

„Sie sind mir schon seit ein paar Wochen hier an diesem Standort aufgefallen. Jetzt möchte ich Sie doch mal ansprechen!“ kommentiert beispielsweise ein Passant. – Samstags von 12:00 Uhr bis 13:00 Uhr kommen Menschen verschiedenen Alters und aus verschiedenen Berufen zusammen. Bis jetzt sind es immer circa 10 bis 12 Personen gewesen. Die Gruppe fordert Passanten zum friedlichen Dialog auf. Auf dem stets präsenten Transparent steht „Friedlicher Dialog – freie Impfentscheidung für alle – gegen Rechts und digitale Überwachung“.

„Im Februar drohte uns noch die gesetzliche Impfpflicht für alle. Außerdem mehrten sich die Meldungen von teilweise dramatischen Nebenwirkungen der Impfungen. Ich bin eigentlich nicht der Mensch, der häufig wegen Unzufriedenheit auf die Straße geht. – Aber diese scheinbare Unbekümmertheit der Leute machte mir dann doch Sorgen!“ erklärt eine der Gründerinnen der Gruppe. Mit Gleichdenkenden aus dem Bekanntenkreis starteten sie den Versuch einer kleinen Kundgebung auf dem Marktplatz. Schon beim ersten Termin war die Solidarität überraschend: Im sozialen Umfeld der Initiatorinnen sprach sich das Vorhaben durch „Mundpropaganda“ herum und es kamen rund ein Dutzend Leute. „Wir waren uns von Anfang an sicher, dass es eine Menge Leute gibt, die sich aus Angst vor den Nebenwirkungen oder wegen der Ablehnung der einhergehenden Bevormundung in Gesundheitsfragen durch den Staat mit den drohenden bzw. bereits beschlossenen Maßnahmen nicht einverstanden erklärt“ ergänzt eine andere Teilnehmerin. „Aber aus Sorge, bei der Teilnahme an Protesten von Bekannten und Nachbarn in die rechte Ecke

geschoben zu werden, bleibt man lieber still zu Hause.“ Darum ist es der Gruppe auch wichtig zu betonen, dass man nicht zu den Impfgegnern oder gar ‚Coronaleugnern‘ gehört. Gesundheitsentscheidungen sind Privatsache und jede/jeder soll für sich entscheiden, ob man zum Impfen geht oder nicht. Die Demonstrierenden fühlen sich keiner Partei verbunden, sind keine Esoteriker und keine ‚Schwurbler‘.

Am Anfang war der Marktplatz der Treffpunkt. Aber hier ist manchmal viel los! Es ist zuweilen so turbulent, dass eine kleine Demonstrationsgruppe nicht wirklich ins Auge fällt. Also suchte man sich einen anderen Ort. Vor dem Konzerthaus Glocke schien es ideal zu sein: die Nähe der Straßenbahnhaltestelle und die vielen Citygänger sorgten für buntes Treiben und Aufmerksamkeit. Aber mit der Zeit nervte es doch ein wenig, wenn die Straßenbahnen bei ihrer Kurvenfahrt an der Domsheide lautes Quietschen von sich geben. ‚Dialog‘ bedeutet ja, dass man sich ohne zu Schreien mit Interessierten unterhalten kann. So suchte man mit Hilfe des für solche Veranstaltungen zuständigen Ordnungsamtes nach einem anderen Treffpunkt. Der Hanseatenhof, also der Platz zwischen der ehemaligen Galeria Kaufhof und dem ehemaligen C & A Gebäude, scheint gut geeignet. Ab sofort trifft sich die Gruppe immer dort. Und wenn der Standort einmal durch eine andere Veranstaltung besetzt sein sollte, gibt es nebenan den Ansgarikirchhof. Wer also einen Dialog zum freien Impfentscheid führen möchte, wird die Gruppe dort zukünftig treffen. (Eine Ausnahme wird Samstag, der 06.08.22 sein; wegen einer größeren Veranstaltung wird man dann noch einmal zur Glocke ausweichen.)

Die gesetzliche Impfpflicht für alle ist ja nun erst einmal im Bundestag gescheitert. Die einrichtungsbezogene Impfpflicht besteht aber nach wie vor. Gerade der Pflegebereich leidet schon seit geraumer Zeit – auch schon vor dem Coronageschehen – an akuter Personalknappheit. Menschen, die einen berechtigten Anspruch auf körperliche Unversehrtheit haben, werden zur risikobehafteten Impfung gezwungen oder können ihren Beruf nicht mehr ausüben. Sie stehen vor prekären Entscheidungssituationen: Betretungsverbot, Kündigung, Sperrzeit bei der Arbeitsagentur, kein Einkommensbezug, keine Sozialhilfe. „Im Moment habe ich noch einen Genesenenstatus“, sagt eine Beschäftigte aus dem Gesundheitsbereich. „Ich will mich auf keinen Fall impfen lassen. Die Impfstoffe halten alle nicht, was uns einmal versprochen worden ist. Und man hört immer mehr von auftauchenden Nebenwirkungen der Spritzen – auch wenn das Fernsehen diese Meldungen noch herunterspielt. Wenn die Politik nicht bald einlenkt bin ich in wenigen Wochen arbeitslos und ohne Bezüge.“ Sie ist froh, bei der Gruppe Verständnis gefunden zu haben.

Außerdem plant die Regierung eventuell im Herbst einen erneuten Vorstoß zur allgemeinen Impfpflicht in den Bundestag zu bringen. Auch die EU fordert eine einheitliche Regelung in allen Mitgliedsstaaten, die das Mitführen eines digitalen Impfpasses als Pflicht für alle Bürger vorsieht.

Die WHO (Weltgesundheitsorganisation) arbeitet mit der EU und anderen nationalen Regierungen weltweit an einem globalen Pandemievertrag in dem festgelegt werden soll, dass die WHO im Zusammenhang mit einer drohenden Pandemie nicht wie bisher Empfehlungen ausspricht, sondern Entscheidungen treffen kann, die dann als Gesetze gelten. Dies gilt dann als Abkommen zur globalen Pandemie Vorsorge. Es ist zu befürchten, dass diese überstaatliche Zwangsmaßnahme als Folge einer unheilvollen Verbindung von Großkonzernen der Pharma- und IT-Industrie mit der WHO zustande gekommen sein könnte.

Nach dem Scheitern der allgemeinen Impfpflicht im Bundestag im April war ein bisschen zu befürchten, dass es zu einer „Protestmüdigkeit“ kommen könnte. Das war aber absolut nicht der Fall: Die Gruppe war sich einig, dass die Problemlage

- der Verletzung von Grundrechten,
- der undurchsichtigen Verflechtung von Herrschenden mit der Pharmaindustrie,
- die Wegbereitung zur digitalen Überwachung

nicht mit der Ablehnung eines Gesetzantrages vom Tisch ist. Es wird weiterhin die Aufgabe bleiben, die Öffentlichkeit über Impfzwang und Demokratieverlust zu informieren. – Von einem „Sommerloch“ kann keine Rede sein.

Wenn Sie dieses Thema berührt, wenn Sie den Wunsch nach Austausch haben oder wenn Sie sich aktiv der Gruppe anschließen möchten, gehen Sie am Samstag um 12:00 in die Innenstadt (aktuell auf dem Hanseatenhof) und zeigen Sie Solidarität!

Wolfgang Vormann

3. Direkte Demokratie - Eine politische Alternative?

Felodiensi Nord, CC BY-SA 3.0 <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>, via Wikimedia Commons

Die repräsentative Demokratie ist in Deutschland, und wahrscheinlich auch in vielen anderen Ländern, am Ende ihres Entwicklungszyklus angekommen. Artikel, die sich mit den Fehlentwicklungen beschäftigen, sind Legion. Viele Menschen wenden sich inzwischen ab, gehen nicht mehr wählen, weil sie sich von den Parteien, trotz oder wegen vieler Wahlversprechen, nicht mehr vertreten sehen. Die Erkenntnis in einer Fassadendemokratie zu leben, ist inzwischen weit verbreitet.

Die Parlamente gerieren sich als geschlossener Verein und haben in den letzten Jahrzehnten alles getan, um vom Wähler und auch von den eigenen Mitgliedern unabhängig zu sein. Die Mitgliedsbeiträge machen meist nicht mal mehr ein Viertel der Einnahmen der Partei aus. Trotz aller Krokodilstränen ist es der aktuellen Politik egal, wie viel Bürger wählen gehen. Selbst wenn es nur 20% wären, würden sie sich noch legitimiert fühlen.

Eine Veränderung des politischen Prozesses kann nur durch die Gesetzgebung beschlossen werden, also durch die Politiker selbst. Damit ist eine Veränderung aus sich heraus so gut wie ausgeschlossen. Denn wie heißt es so schön: “Wenn Du den Sumpf austrocknen willst, darfst Du nicht die Frösche fragen!”

Neue Parteien haben kaum eine Chance in die Parlamente gewählt zu werden. Und selbst wenn, durchlaufen sie sehr schnell einen Anpassungsprozess. Die Grünen sind nun eine 100 % Kriegspartei und auch die Linke hat sich in “Regierungsverantwortung” wie in Bremen, von ihren friedenspolitischen Zielen vollständig entfernt. Die Alternative für Deutschland war nie eine Alternative des Status Quo. Die Mechanismen des politischen Systems arbeiten ausgezeichnet, ersticken jeglichen Veränderungswunsch im Keim und/oder Formen neue Ideen in kürzester Zeit zum eigenen Vorteil um.

An diesem Punkt stellt sich die Frage nach einem wirksamen Mittel, um doch Veränderungen zu erreichen. Protestaktionen, Streiks und Demonstrationen hatten und haben immer nur einen kurzfristigen (was auch Jahre bedeuten kann) Effekt. Sie führten und führen zu

Zugeständnissen der herrschenden Klasse(n), aber selten zu einer wirklichen Veränderung des politischen Systems. Die Ablösung eines politischen Systems war bisher meist durch gravierende äußere Umstände gekennzeichnet. Staatszusammenbrüche, Kriege und Revolutionen sind die bekanntesten Faktoren.

Hier kommt die Direkte Demokratie ins Spiel. Man darf ruhig fragen, ob wir ein Rentenniveau von 49,4 % [Höhe einer Rente in % vom durchschnittlichen Lohn] hätten oder eins von 80 % wie in Österreich, wenn die Bürger mitbestimmen könnten? Man darf ruhig fragen, ob wir 100 Milliarden in die Rüstungskonzerne pumpen würden oder lieber den sträflich heruntergewirtschafteten Bildungsbereich für unsere Kinder unterstützen würden, wenn wir mitbestimmen könnten. Man darf ruhig fragen, ob die Verbrecher die geklauten Cum-Ex Milliarden oder die Millionen Schmiergelder für Maskendeals behalten dürften, oder ob sie diese zurückzugeben hätten an uns Steuerzahler und für ihre Verbrechen im Knast sitzen würden, wenn wir mitbestimmen könnten? Und man darf auch fragen, ob die Bevölkerung den ideologischen Wahnsinn der Grünen und der restlichen Regierungsparteien mitmachen würde und ihre Zustimmung geben würde, um für die „Bestrafung“ Russlands freiwillig zu frieren und zu verarmen.

Die Einbeziehung der Bevölkerung in Entscheidungsprozesse, nicht nur durch eine wie auch immer geartete Beteiligung, sondern durch echte Mitbestimmung, steht noch aus. Die technischen Möglichkeiten, sowohl für einen Abstimmungsprozess, wie auch für einen guten Informationsfluss sind bereits vorhanden.

Aber die Angst ist groß vor der Bevölkerung. Leider nicht nur beim politischen Establishment, sondern auch bei der Opposition. Bei der Frage, ob man “das Volk” mitbestimmen lassen sollte, besteht eine seltsame Einigkeit in der Beurteilung. So klingen die Bekenntnisse der Partei die Linke zwar auf den ersten Blick gut, aber die Hürden für Beteiligungsprozesse sind auch bei ihnen so hoch angesetzt, dass man selbst bei einer Einführung keine großen Veränderungen erwarten kann. So hatte 2011 in Bremen ein Volksbegehren, mit großem Aufwand durchgeführt, zum Wahlrecht Erfolg. Aber bereits 2018 haben die Bremer Parteien (SPD, CDU, Grüne und Linke(!)) nach einer Schamwahlperiode die Uhr wieder zurückgedreht. Ein erneutes Volksbegehren scheiterte dann an der Frustrationsgrenze für einen neuen Kraftakt. So erzieht man die Befürworter von Volksbegehren und macht deutlich, dass Volksbegehren, solange sie jederzeit parlamentarisch rückgängig gemacht werden können, keine Lösung darstellen.

„Die direkte Demokratie kann Gefahren bergen, wenn die Bürger über hochkomplexe Themen abstimmen“, Joachim Gauck.

Das Zitat von Gauck beschreibt eine weitere Befürchtung aller Seiten. Die unaufgeklärte Bevölkerung könnte “falsch” abstimmen. Der Bürger ist zu “dumm”. Einmal abgesehen davon, dass auch unaufgeklärte und “bildungsferne” Menschen ein sehr gutes Rechtsempfinden haben, kann dieser Angst doch durch entsprechende Aufklärung Paroli geboten werden. Verfechter der Direkten Demokratie setzen sich natürlich ein für die umfassende Information der Bevölkerung.

Bisher hat keine Partei von nennenswerter Größe und Bekanntheit Direkte Demokratie gefordert. Zum einen widerspricht es natürlich ihrem Machterhalt, aber zum anderen ist der Umsetzungsprozess tatsächlich mit vielen Fragezeichen versehen.

So dürfte z. B. die Aufgabe eines Abgeordneten neu zu definieren sein. In erster Linie dient dann der Abgeordnete dem Bürger, in dem er die notwendige Aufklärungsarbeit über

bevorstehende Gesetzesvorhaben übernimmt und im Idealfall auch Gesetzeswünsche der Bürger zur Eingabereife verhilft. Die Information der Bürger sollte auf digitalem und analogem Weg geschehen. Direkter Lobbyismus dürfte sich verschlechtern und es gäbe keinen Grund mehr für anschließende Versorgungsposten in der Industrie und anderswo. Damit dürfte die Attraktivität dieser Aufgabe sich immens verändern.

Auch die Vorstellung von der Rolle einer Partei wird sich grundlegend wandeln. Nicht die schönsten Wahlversprechen werden dann im Vordergrund stehen, sondern ernsthafte Angebote, wie man gesellschaftliche Probleme lösen will. Damit bleibt zwar die Charakterisierung - wie z.B. sozial oder konservativ - bestehen, nicht aber der Widerspruch zwischen medialen Auftreten und realem Handeln.

Ein großes Aufgabenfeld ist auch die praktische Umsetzung. Digitale Abstimmungsplattformen wie die Democracy App dürften noch das Einfachere sein. Wie sind die notwendigen Informationen zu vermitteln? Wie nimmt man den “analogen” Teil der Bevölkerung mit, der sich beteiligen möchte?

Je mehr man sich mit dem Thema beschäftigt, je mehr Fragen gibt es. Aber auf der anderen Seite entstehen Lösungsansätze, die man bisher nicht im Fokus hatte. Neue Möglichkeiten tun sich auf.

Der Landesverband Bremen der Partei dieBasis beschäftigt sich schon seit längerem mit der Direkten Demokratie. Nach vielen Diskussionen hat sich der LV entschlossen, mit dem Angebot der Direkten Demokratie zur Bürgerschaftswahl 2023 anzutreten. Sollte es zu einem Parlamentseinzug kommen, werden alle Gesetzesvorhaben der Bremer Bevölkerung zur Abstimmung gestellt und die Abgeordneten werden dann dieses Votum im Parlament vertreten.

Die Direkte Demokratie ist ein Versuch, ein gesellschaftliches Experiment, ein Denkanstoß. Sie beinhaltet mehr Chancen als Gefahren, und sie hat dann eine Aussicht auf Erfolg, je mehr Menschen sich mit ihr beschäftigen, ihr Potential begreifen und es als eine Alternative erkennen, politische Veränderungen zu bewirken.

Erich Sturm

4. Wie lange kann sich diese Ampelregierung noch halten, die ihren Amtseid, zum Wohle des deutschen Volkes zu handeln, bricht?

Innerhalb der EU erleben wir in diesem Sommer 2022 eine wachsende Zahl von Regierungskrisen, geplatzte Koalitionen, Rücktritte oder Misstrauensvoten. Z.B. in Bulgarien (im Juni), Estland (im Juni), Groß Britannien (im Juli) und Italien (im Juli), wo nun im September Neuwahlen angesetzt sind. In Frankreich verlor Macrons Regierungsbündnis die absolute Mehrheit bei den Parlamentswahlen (im Juni) und erlitt nun die erste Niederlage eines Gesetzesvorhabens. Auch wenn es unterschiedlichste innen- und außenpolitische Hintergründe und Kontexte in den einzelnen Ländern gibt, spielen die von den USA und deren Vasallen in der EU forcierten Waffenlieferungen an die Ukraine und die westlichen Boykottmaßnahmen gegen billige russische Energie dabei eine wichtige Rolle.

In Deutschland verliert die CumEx-Kanzler Scholz SPD stetig an Zustimmung und liegt bei den meisten Umfragen aktuell unter 20% (Bundestagswahl: 25,7%). Der FDP ergeht es ähnlich, die Umfragen liegen bei 7% (Bundestagswahl: 11,5%) und sie ist nach der Sylt-Hochzeitssause und „Porsche-Gate“ von Skandalen geschüttelt. Lediglich die Bündnisgrünen in der Regierung - Waffenlieferungen in Kriegsgebiete und härteste Russland-Sanktionen propagierend - profitieren noch von medial konstruierter Kriegshysterie und Russophobie. Sie liegen aktuell bei ca. 22% in den Umfragen (Bundestagswahl: 14,8%).

Ob das auch im Herbst und Winter noch so bleibt, wenn massive Preissteigerungen, unbezahlbare Nachzahlungen, drohende Arbeitslosigkeit und Verarmung harte Realität werden, ist keineswegs gesichert. Die Sanktionspolitik dieser Bundesregierung führt zum Gegenteil; statt des ursprünglich von Annalena Baerbock verkündeten Zieles „Russland ruinieren“ wird nun die deutsche Wirtschaft ruiniert. Kohlekraftwerke stehen wieder hoch im Kurs, der Weiterbetrieb dreier Atomkraftwerke scheint auch mit grünen Umweltministerinnen kompatibel zu sein, was innerhalb der klimaloyalen grünen Jugend auf wenig Gegenliebe stößt. Bei den Landwirten richtet sich der Unmut gegen die Übermacht der profitierenden großen Handelskonzerne. Die Energie- und Düngemittel-Kostensteigerungen auf den Höfen können nur unzureichend weitergeben werden.

Nach der staatlich gepämperten Pharma&Impfbranche, kann sich nun eine weitere Branche mit den 100 Milliarden Rüstungsschulden vor Aufträgen und Gewinnen nicht retten - die Rüstungsindustrie.

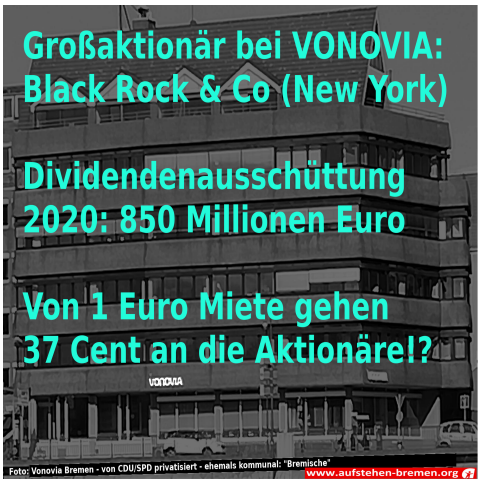
Innerhalb der Bundesregierung sind die Olivgrünen diejenigen, die diesen brandgefährlichen, kriegstreiberischen und selbstschädigenden Sanktions-Kurs der eigenen Politik am vehementesten vorantreiben und nun bewusst vor „Volksaufständen“ (Außenministerin Baerbock) warnen. Solche Worte fallen nicht zufällig, sondern sollen im Vorfeld des kommenden Winters - mit selbst herbeigeführten Gasnotständen - die Öffentlichkeit auf kommendes Ungemach einstimmen, auf „Putins Schuld“ verweisend von der eigenen Verantwortung ablenken und Proteste lähmen. Wo das nicht reicht, versucht die Innenministerin Nancy Fäser (SPD), die beginnenden Proteste gegen explodierende Lebensmittel-, Sprit-, Energie- und Strompreise in die rechte Ecke zu stellen.

Mit solchen Mitteln lässt sich vorübergehend Protest lähmen, spalten oder unterdrücken, auf Dauer – das zeigt die Geschichte – kann sich eine Regierung dann nur noch offen repressiv an der Macht halten, oder sie wird ausgetauscht, wenn sie offen gegen elementare existenzielle Interessen der Bevölkerung agiert. „It’s the economy, stupid“. Meist kommt früher oder später ein Wechsel, weil ein Koalitionspartner abspringt oder ein Misstrauensvotum zur Abdankung führt mit nachfolgenden Versuchen, eine neue Koalition zusammenzubasteln. Die CDU mit leichten Umfragegewinnen und ihrem stramm transatlantischen ehem. BlackRock-Manager Merz steht in den Startlöchern. Die AFD verzeichnet ein eher mageres 1% Umfrageplus und wird von der „extremen Mitte“ (SPD, CDU, Grüne, FDP, Linke) zur Zeit noch als „nichtregierungsfähig“ ausgeschlossen.

Es wird vom Grad der Bewusstheit über die wahren Verantwortlichen und Machtstrukturen abhängen, zu welchen Ergebnissen die Protestbewegungen führen werden. Alles spricht dafür: Nord Stream II sofort öffnen. Die unsinnigen Russland-Sanktionen beenden. Diplomatie statt militärischer Eskalation; Leid und Tod in der Ukraine durch Stopp der Waffenlieferungen beenden. Friedliche Kooperation zu beiderseitigem Vorteil mit allen Ländern. Langfristig: Austritt aus der NATO.

Rodolfo Bohnenberger

5. "Man kann sich einerseits nicht um Mieter kümmern und andererseits Aktionäre zufriedenstellen."



Der oben zitierte Satz stand im Weserkurier vom 23.07.2022 unter dem Titel „Vonovia Klagen werden neu verhandelt“ und stammt vom engagierten Mietrechtsanwalt Valentin Weiß. Weiter wird er zitiert: "Ein großer Wohnungsvermieter sollte kein börsennotiertes Unternehmen sein". Das haben wir ziemlich selten, dass solche richtigen Erkenntnisse im Weserkurier veröffentlicht werden.

In dem WK-Beitrag geht es um das kürzliche Skandalurteil des BGH (Bundesgerichtshof), in dem mal wieder ein Riesenkonzern seine Interessen durchsetzen konnte, hier bei der raffinierten Umlegung von sog. "energetischen Modernisierungen" auf die Mieter; also dauerhafte saftige Mieterhöhungen.

Übrigens: die größten Renditetreiber bei Vonovia, wie bei allen anderen großen Wohnungskonzernen, sind US-amerikanische Kapitalsammelstellen wie Black Rock, Vanguard, State Street u.s.w.. Buchempfehlung dazu: Werner Rügemer (2021): Black Rock & Co. enteignen. Auf den Spuren einer unbekannten Weltmacht.

Es ist die Erfahrung von Millionen zur Miete wohnenden Menschen, in Bremen ca. 60% der Wohnungen, dass die elementare Daseinsvorsorge WOHNEN nur bezahlbar (leistbar) sein kann, wenn sie nicht vom Streben nach maximalem Profit/Rendite getrieben ist. Das gilt auch für alle anderen elementaren Bereiche der Daseinsvorsorge.

Und wem haben wir es zu verdanken, dass im Land mit der bundesweit höchsten Armutsquote (Bremen) 11.000 Wohnungen nun einem Konzern wie der Vonovia gehören? Der SPD und der CDU, die - als sie zwischen 1995-2007 in einer großen Koalition in Bremen Regierungsverantwortung hatten – die meisten dieser vormals kommunalen Wohnungen privatisiert haben. Nach mehreren Besitzerwechseln hat sich schließlich Vonovia diese Renditeobjekte in ihr "Portfolio" geholt.

Zynischerweise favorisieren diese Apologeten des „freien Marktes“ solche Investments deshalb als besonders sicher, weil eine als „Wohlfahrt“ versteckte staatliche Subventionierung die Mieteinnahmen garantiert; nämlich das Wohngeld und die sog. KdU (Kosten der Unterkunft) im Hartz IV-System. Mit jährlich fast 20 Milliarden Euro aus öffentlichen Haushalten (also unseren Steuergeldern) werden nicht etwa (das wäre sinnvoll) dauerhaft preisgünstige Sozialwohnungen in kommunalem Besitz vorgehalten, deren Mieten auch Menschen „mit kleinem Portemonnaie“ bezahlen könnten. Nein. Mit bundesweit ca. 20 Milliarden jährlich (also 200 Milliarden in 10 Jahren) aus dem Sozialhaushalt können sich die renditeheischenden Investoren der großen Wohnungskonzerne mit ihren explodierenden Mieten entspannt zurücklehnen. Der Staat zahlt den einkommenschwächeren Mietern die überhöhte Miete, incl. explodierender Strom- und Heizungskosten. Wobei allerdings die Höhe dieser Leistungen regelmäßig zu niedrig ist, was zu Dauerfehden und berechtigtem Protest der Betroffenen mit den Jobcentern führt.

Das gleiche Schicksal der Privatisierung in Bremen sollte auch die landesweit 42.000 GEWOBA Wohnungen ereilen, was nur durch eine breite Kampagne und Unterschriftensammlung Anfang der 2000er Jahre verhindert werden konnte. Die GEWOBA, obwohl überwiegend kommunal, blieb allerdings eine Aktiengesellschaft und ist zu 24.9% in der Hand hanseatischer Kapitalisten in Form von Anteilen der Sparkasse. Diese wollen Rendite sehen und bekommen sie auch jährlich in Millionenhöhe überwiesen.

Die Lösung wäre auch hier sehr einfach: Die GEWOBA muss ganz rekommunalisiert werden und dann in eine Gesellschaft Öffentlichen Rechts überführt werden, die ohne Renditedruck solide wirtschaftet und dauerhaft bezahlbare Mieten zum Wohle der Bremer Mieter*innen garantiert.
Wohnungen können nur dann bezahlbar bzw. leistbar sein, wenn sie im Besitz der Kommunen oder genossenschaftlich organisiert sind und (genauso wichtig) basisdemokratisch von den Mietern kontrolliert werden. In Wien lässt sich besichtigen, wie das – sogar innerhalb im Kapitalismus – funktioniert.

Rodolfo Bohnenberger

6. Über #aufstehen und #aufstehen-Bremen

Auf Bundesebene wurde der Vorstand des Trägervereines #aufstehen neu gewählt; er besteht aus Knut Förster, Harri Grünberg, Nastja Liedtke, Christine Meier, Christina Müller. Ein Basisrat hat sich konstituiert: Nur gemeinsam sind wir stark und können diese Gesellschaft hin zu FRIEDEN, Solidarität und Gemeinwohl verändern! Jetzt gemeinsam aufstehen!

Der Schwerpunkt liegt weiterhin bei den lokalen Gruppen und Initiativen.
Die Koordinierungsgruppe, die AG Wohnen und die AG Frieden in Bremen tagen meist monatlich. Termine und Themen werden auf unserer WEB-Seite laufend aktualisiert. - Bleibt uns gewogen, schaut dort vorbei und fühlt Euch eingeladen, mitzumachen bzw. eigene Aktionsgruppen zu gründen zu Themen, die euch „auf den Nägeln brennen“. Es ist dringlicher denn je, den Debattenraum zu weiten, und soziale, ökologische, friedenspolitische und demokratische Basisbewegungen wieder stark zu machen. Wir machen auf jeden Fall weiter!

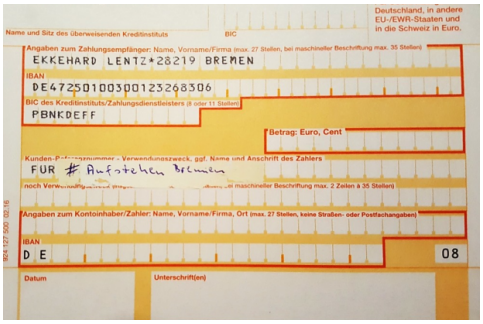
Für unsere Online-Auftritte haben wir kleine Redaktionsgruppen, um unsere Sichtweisen, unsere Veranstaltungen und unsere Aktionen zu veröffentlichen. Wir verfassen eigene Berichte mit Fotos und Videos und verwenden Beiträge von anderen Alternativ-Medien und verlinken zu interessanten WEB-Seiten. Hervorzuheben ist da die Seite des Bremer Friedensforums und Nachdenken in Bremen.

Wir begrüßen eine lebendige und auch kontroverse Diskussion und laden Euch ein, interessante Internetlinks zuzusenden, eigene Beiträge bei uns einzureichen und sich auf Social Media in die Debatten aktiv einzubringen, zu „liken“ und zu „reposten“. Hier noch einmal die LINKS zu
• unserer Homepage: https://www.aufstehen-bremen.org
• unserem Facebook-Account: https://www.facebook.com/groups/aufstehen.bremen
• unserem Twitter-Account: https://twitter.com/AufstehenBremen

Dies ist der 11. Newsletter. Der Newsletter erscheint unregelmäßig. Wer in Zukunft auch

die nächsten Nummern erhalten will, muss - wenn noch nicht geschehen - sich über unsere Webseite für den Empfang des Newsletters anmelden. Formular online ausfüllen: https://www.aufstehen-bremen.org/index.php/newsletter-neu.
Natürlich kann der Newsletter unter dem gleichen LINK auch abbestellt werden.

7. Spendenaufruf



Wir bestreiten damit die Kosten für Technik, Raummieten, Flyer, Plakate und Transparente. Ansonsten machen wir dies hier alles ehrenamtlich. Alle sind eingeladen, sich mit kleinen und großen Spendenbeiträgen zu beteiligen, oder noch besser Daueraufträge einzurichten. Im Unterschied zu Parteien oder einflussreichen Think Tanks erhalten wir keinerlei staatliche Unterstützung.

Unser Spendenkonto lautet: Ekkehard Lentz *(Stichwort: aufstehen-Bremen)*
IBAN: DE 47 2501 0030 0123 2683 06 BIC: PBNKDEFF

Im Auftrag der Koordinierungsgruppe von #aufstehen Bremen, erstellt von:
Rodolfo Bohnenberger, Ekkehard Lentz, Wolfgang Vormann, Erich Sturm